

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Durchs Mittwochblatt durch
die Post bezogen 1,20 M.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Ausgabepreis:
50 Pf. für die 3 gepl.
Vollzeile.

Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postleitzahlenkto: Nr. 858 15 Postleitzahlenkto Hannover.

Verlag von A. Brey.
Druck von C. A. G. Meister & Co., beide in Hannover.

Staat und Wirtschaft.

Auf der Tagung des Bundesausschusses des ADGB. in Kiel am 7. Dezember referierte das Vorstandsmitglied Eggert in öffentlicher Sitzung über das Thema „Staat und Wirtschaft“:

Bis zum Ende des Weltkrieges hatte die nordwestliche Arbeitgebergruppe der Eisenindustrie jede Verhandlung mit Gewerkschaftsvertretern abgelehnt. Erst durch die Not des verlorenen Krieges sah sie sich veranlaßt, mit den Gewerkschaften zu unterhandeln. Bei einem Teil dieser Unternehmer leben heute noch die Vorstellungen der Vorkriegszeit und das Verlangen nach Alleinherrschaft im Bereich der Wirtschaft. Dieser Teil gewann in der Gruppe Nordwest die Oberhand. Um sein Wesen zu charakterisieren, erwähnte Eggert eine Äußerung der „Kölnerischen Zelung“. In dem umstrittenen Schiedsspruch schrieb das Blatt in seiner Abendausgabe vom 27. Oktober:

Der Schiedsspruch trifft bei allen Enttäuschungen, die er bereiten mag, ungefähr den Schnittpunkt aller wichtigen Kräfte, die bei einem solchen Streit aufeinanderstoßen und Berücksichtigung erheischen. Wir möchten sagen: Er ist so abgesaßt und geht so weit, daß beide Parteien, daß vor allem auch verantwortungsbewußte und nüchtern denkende Unternehmer sich fragen müssen, ob unter diesen Umständen noch gekämpft und damit ein ungebührer Aufwand an Kapital, Nerven und Vertrauen, und zwar sozialem wie staatspolitischem Vertrauen, aufs Spiel gesetzt werden muß.

Die Führer der aussperrenden Unternehmer waren demnach nicht verantwortungsbewußt und nicht nüchtern Denkende, als sie trotz der Verbindlicherklärung des Schiedsspruches die Aussperrung durchführten.

Ihre Aussperrung begründeten die Unternehmer auch diesmal mit der Erklärung, die Industrie könne die Lohn erhöhungen des verbindlich erklärten Schiedsspruchs nicht tragen. Demgegenüber wies Eggert darauf hin, daß die Industrie nicht ein einheitliches Ganze sei, sondern aus einer Reihe Unternehmungen von verschiedener Leistungsfähigkeit und verschiedener Rentabilität bestehé. Die Lohnhöhe dürfe sich nicht nach den schlecht wirtschaftenden Unternehmungen richten, weil dieses nur dazu führe, den augenblicklichen Zustand zu verschärfen. Die staatliche Wirtschafts- und Lohnpolitik darf daher die von den Unternehmern geforderte Rücksichtnahme auf die unwirtschaftlichen Betriebe nicht anerkennen. Die Gewerkschaften lehnen solche Rücksichtnahme grundsätzlich und entschieden ab.

Was früher die freie Konkurrenz gewissermaßen automatisch besorgte, die Auslese der Besten, das besorgt jetzt die Gewerkschaftsbewegung durch die Erringung besserer Arbeitsbedingungen, durch ihr Streben nach höherem Anteil der Arbeitskraft am Ertrag der Arbeit. Höhere Löhne merzen ebenso, wie es früher die freie Konkurrenz tat, unwirtschaftliche Betriebe aus. Sie sind daher gleichermassen ein Mittel zur Stärkung der Kaufkraft wie ein Ansporn zum wirtschaftlichen Fortschritt. Sie entfalten die produktiven Kräfte und machen die Wirtschaft konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt. Dieser Ansporn ist für die Wirtschaft nach wie vor dringend nötig. Er hat dazu beigebracht, daß die deutsche Wirtschaft, deren Produktionsapparat durch Krieg und Inflation zurückgeblieben war, in wenigen Jahren wieder auf eine technisch ansehnliche Höhe kam. Die von Unternehmenseite beliebten Vergleiche zwischen Lohn- und Preisentwicklung wies Eggert zurück. Der Staat und seine Schlichtungsorgane dürfen sich von solchen fehlerhaften Methoden nicht beeinflussen lassen. Man kann nicht Lohn- und Preisstand vor und nach der Nationalisierung miteinander vergleichen wollen zu dem Zweck, der stämmenden Öffentlichkeit zu verkünden, daß die Entwicklungslinie der Löhne günstiger verlaufe als die der Preise!*

An einer Reihe von Beispielen zeigte Eggert, daß infolge der Nationalisierung die Lohnsummen sich stärker zu vermindern pflegten als die Herstellungskosten. Der Lohn, der ja nur einer der vielen Bestandteile der Herstellungskosten sei, spiele also bei fortschreitender Technisierung eine immer geringere Rolle.

Über die wirklichen Gründe zu der Aussperrung gab Eggert mit folgenden Darlegungen Aufschluß: Infolge des Vertrages von Versailles verlor die deutsche eisenerzeugende Industrie rund 25 Prozent an Hochöfen, 26 Prozent an Schweißereienwerken, 30 Prozent an Flugzeugenwerken und 25 Prozent an Walzwerken. Dieser Verlust wurde weitgemacht und überholt durch den Ausbau der verbliebenen Anlagen, die heute eine größere Kapazität aufweisen als die schwere alte eisenerzeugende Industrie Deutschlands. Aus der Überkapazität der deutschen Eisenindustrie entspringen ihre Nöte. Sie konnte selbst in der besten Konjunktur nur etwa 80 Prozent ihrer Kapazität ausnutzen. Sobald aber absteigende Konjunktur eintrat, mußte sie die Ausnützung ihrer Kapazität weiter senken und trocken auf Lager und Vorrat arbeiten.

Das Produzieren über den Absatz hinaus legten die Unternehmer gerade in den letzten Wochen vor dem Konflikt

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover.
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

eifrig fort. In dem vor wenigen Tagen erschienenen Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung (Heft 3 1928) wird auf Seite 12 mit Bezug auf den Rückgang des Inlandsabsatzes in der eisenerzeugenden Industrie folgendes gesagt:

„Dass der Rückgang des Inlandsabsatzes sich in der Erzeugung nicht stark bemerkbar gemacht hat, hängt außer mit dem verstärkten Auslandssatz noch mit innerbetrieblichen Gründen zusammen. Obgleich der ganze Umstellungsvorprozess der eisenerzeugenden Industrie noch nicht abgeschlossen ist, ist doch heute bereits der größte Teil des Rationalisierungsvorprogramms — insbesondere der Übergang zu kontinuierlicher Fließfertigung auf den für die Erzeugung günstigsten Produktionsstufen — vollzogen. Es liegt im Wesen des kontinuierlichen Programms, daß möglichst große Mengen in einer Fertigung hergestellt werden. Dies hat zur Folge, daß bei richtiggängiger Konjunktur die Werke sich bemühen, ihre Anlagen solange wie möglich voll auszunutzen, um später notfalls zur Stilllegung von ganzen Betriebseinheiten zu schreiten.“

Die „Stilllegung von ganzen Betriebseinheiten“ auf Kosten der Unternehmungen und als Folge der Überproduktion war

bindlich erklärt Schiedsspruches zu erzwingen. Statt dessen hat sie durch den Reichskanzler vermittelnd eingegriffen und den Reichsinnenminister Seizinger mit der Schlichtung des Arbeitskampfes betraut. Nachdem die Regierung aber in dieser Weise in den Kampf eingegriffen hatte, hat sie in der Persönlichkeit des Kampfrichters eine Wahl getroffen. Seizinger hat unser Vertrauen! Aber diese Erledigung eines Arbeitskampfes ist beispiellos in der Geschichte der deutschen Arbeitskämpfe. Es ist selbstverständlich, daß die Lehren, die sich für unsere Gewerkschaften aus diesem Kampf und aus der Art seiner Erledigung hinsichtlich der Schlichtungsordnung ergeben, erst später in ruhiger Besonnenheit gezogen werden können.

Der Kampf der Unternehmer gegen die Sozialpolitik läßt es zweckmäßig erscheinen, an die Unterstützung der Unternehmer durch den Staat zu erinnern. Die Millionen an die Ruhrindustrie sind noch unvergessen. Aber weniger bekannt sind die 15 Millionen an die Winzer, die 18 Millionen für den Flugzeugbau, 4,5 Millionen für den Ausbau der Binnenschiffahrtsschiffe und 18 Millionen für die oberschlesische Eisenindustrie. Das Reich hatte ferner, als die Welle der Unterstützungsgebiene besonders hoch ging, Garantien in Höhe von 377,5 Millionen Mk. übernommen und tatsächlich Kredite in einem Betrage von 354,83 Millionen Mk. gegeben. Die Fürsorge des Staates gegenüber den Besitzern der Produktionsmittel äußert sich ferner in den Schätzbüchern, in den Handelsvertragssozialen, in der Steuerpolitik. Im Jahre 1927 entfielen 65 Prozent des Gesamtaufkommens auf die Belastung der Massen, während nur 31,7 Prozent auf Kapital- und Besitzbelastung entfielen.

Über die rein materielle Hilfe hinaus wurde dem Unternehmertum aber auch auf anderen Gebieten bedeutende Förderung zuteil. Der Staat fördert und subventioniert die Konjunkturforschung, er unterstützt die Arbeiten der wissenschaftlichen Forschungsinstitute und Studiengesellschaften, er fördert die eingehende Untersuchung über Ersparnismöglichkeiten. Wir mahnen den Staat, sie nicht danach bedingungslos zu geben und vor allem auch der Förderung der Arbeitskraft sein Augenmerk zuwenden.

Eine Lehre hat der Kampf schon hente der gesamten Öffentlichkeit gegeben, nämlich die, daß die Demokratisierung der Wirtschaft, um die unsere Gewerkschaften kämpfen, ein dringendes Erfordernis unserer Zeit ist. Deshalb verlangte Eggert am Schluss seiner Ausführungen eine wirkungsvolle Durchsetzung der Gesamtirtschaft. Dazu sei in erster Linie nötig eine laufende und umfassende Produktionsstatistik der wichtigsten Groß- und Mittelbetriebe, eine erweiterkte Publicität der Aktiengesellschaften, ein Monopolkontrollamt und für die Eisenindustrie speziell der Ausbau des Eisenwirtschaftsbundes. Der Eisenwirtschaftsbund, der zur Zeit seiner Entstehung als Instrument der Verteilung gedacht war, muß nunmehr durch eine gesetzliche Neuregelung seiner Aufgaben zu einem wirksamen wirtschaftsdemokratischen Instrument umgestaltet werden. Es darf kein Zurück in die alte Stellung geben, in die der Arbeiter der Vorkriegszeit verwiesen war. Wir wollen Staat und Wirtschaft so gestalten, daß sie von allen lebendigen Kräften unserer Volksgemeinschaft gefragt und gefördert werden.“

Erste Ausschließung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Kiel am 7. und 8. Dezember 1928.

Auf Einladung des Kieler Magistrats war die erste Bundesausschließung nach dem Hamburger Kongreß nach Kiel einberufen worden.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, eröffnete im Gewerkschaftshaus am 7. Dezember 1928 die öffentliche Sitzung mit Begrüßungsworten an die Gäste, unter denen die Stadtverwaltung, der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein und zahlreiche Vertreter der Behörden und der Universität erschienen waren.

Leipart gab der Freude und Genugtuung Ausdruck, daß der große Arbeitskampf im Westen, der durch lange Wochen hindurch die gesamte deutsche Öffentlichkeit in tiefer Spannung gehalten habe, ein vorläufiges Ende gefunden hat und daß die Betriebe wieder geöffnet sind. Die Gewerkschaften, so führte er aus, sind eincig in der scharfen Ablehnung des Verhaltens der Unternehmer, die sich wider Recht und Gesetz ergeht und einen Konflikt heraufbeschworen haben, der sich bei verantwortungsbewußter Überlegung leicht hätte vermeiden lassen. Das Vorhaben der Reichsregierung hat in der Öffentlichkeit eine verschiedene Meinung erzielt. Leipart erklärte, es liege kein Anlaß vor, der Reichsregierung wegen ihres Eingreifens einen Vorwurf zu machen. Es ist auch nicht richtig, daß das Schlichtungswesen, wie beklagt worden ist, einen schweren Schlag bekommen habe. Im Gegenteil, das Gewicht seiner Bedeutung ist weiten Kreisen der Öffentlichkeit in Deutschland erst durch diesen Arbeitskampf eingehämmert worden. Die Unternehmer, die so weit gesetzte Ziele verfolgten und so schweres Geschäft aufzuhören hatten, haben sich bedingungslos einen Schiedsspruch unterworfen, den sie noch nicht kennen. Denkt es in diesem Kampfe Sieger und Siegerin gibt, so sind die Unternehmer die Unterlegten und nicht die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften führen eine soziale Kampf in dem so nicht mit

Um die Weihnachtszeit.

Sie sagen, die Liebe ginge jetzt um....
Und ist doch gar nicht wahr!
Die Welt ist tot, die Welt ist stumm
und aller Liebe bar!

Es sonnt der Sturm. Es hat geschneit.
Wie fielen die Flocken dicht!
Aus jedem Fenster schaut das Leid
mit weinendem Gesicht.

Was's je so dunkel, wie es jetzt
in diesen Tagen bloß?
Was sind die Menschen abgeholt!
Wie ist ihr Elend groß!

Das letzte Lachen wurde stumm,
und grau ward manches Haar....
Sie sagen, die Liebe ginge um....
Und ist doch gar nicht wahr!

—n.

den Unternehmern offenbar nicht rationell. Demgegenüber schien es ihnen wohl als Gewinn, wenn die Gesamtheit der Werke einige Wochen ganz stillgelegt werden könnte, um in dieser Zeit die Läger zu räumen, die eisenverbrauchende Industrie aufarbeiten zu lassen, anschließend daran aber dann mit Hochdruck unter voller Ausnutzung der Kapazität, also mit günstigen Selbstkosten frisch und gefärbt zu arbeiten. Dieses Verfahren der zeitweisen allgemeinen Betriebschließung, wie es z. B. in Amerika Henry Ford bei sinkendem Absatz manchmal geübt hat, war aber in Deutschland nicht so einfach. Hier konnte man die Gesamtheit der Arbeitschaft eines großen Wirtschaftszweiges nicht plötzlich entlassen.

Wie anders, wenn auf Grund eines Arbeitskonfliktes die Betriebe stillgelegt werden könnten! In einem solchen Verfahren würden die Lasten für das Durchhalten der Arbeiter bis zur Wiederaufnahme der Arbeit aus Mitteln der Gewerkschaften aufgebracht werden müssen. Das wäre doch eine wesentlich günstigere Situation!

Zu diesen Erwägungen der Unternehmer gesellten sich die gerade dieser Gruppe besonders verhafteten Forderungen der Gewerkschaften nach Lohn erhöhungen, ferner die nicht minder verhaftete, als unbefugten Eingriff in die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von ihnen betrachtete staatliche Schlichtungspraxis.

So hielten sie den Zeitpunkt sinkender Konjunktur und ausfüllter Läger, in dem die Stilllegung der Gesamtheit der Betriebe von Nutzen ist, für gekommen, um gleichzeitig den großen, von langer Hand vorbereiteten Schlag gegen Lohn erhöhungen, Gewerkschaftskassen und das staatliche Schlichtungswesen zu führen. Die Arbeitgeber-Zeitung schloß ihre Befürchtungen über die Aussperrung mit dem Aufruf: „Es geht ums Ganze!“

Jawohl, es war der ganze Einsatz. Es war die Schließung der Betriebe aus Eigennutz, die Ablehnung gegen den sozialen Gedanken, der Arbeiterschaft einen höheren, gerechteren Anteil am Ertrag der Arbeit und am Aufstieg der Wirtschaft zu sichern. Es war der Protest gegen die Schlichtungsbehörden, gegen Geist und Recht, gegen die Autorität des Staates.

Als Vertreter und Wahrer der Staatsautorität hatte die Regierung diese Auseinandersetzung nicht hinnehmen dürfen ohne ihrerseits alle Mittel einzusetzen, die Anerkennung des per-

Ihre Interessen, sondern die Interessen der Gesamtwirtschaft vertreten. Leipart erklärte zum Schluss, er habe das Vertrauen, daß der Schiedsspruch, den der Reichsinnenminister fällen wird, der Arbeiterschaft zu ihrem Recht verhelfen werde.

In Vertretung des Oberbürgermeisters begrüßte Stadtrat Greß den Bundesausschuß. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Stadt Kiel, wie heute diese bedeutungsvolle Tagung, künftig einmal fröhlicher Obrigkeitstaat würden die Gewerkschaften bis aufs Messer verfolgt. Dafür sei heute durch Schördensvertreter begrüßt werden, durch Schördensvertreter, die zum Teil aus den Reihen der Gewerkschaftsbewegung selbst hervorgegangen sind, ist in gewaltiger Fortschritt, der nicht zum mindesten der weitschreitenden Arbeit der Gewerkschaften zu verdanken ist. Es ist ein in immer weiteren Kreisen anerkannter Grund, daß eine gute Sozialpolitik zugleich die beste Wirtschaftspolitik ist und der gesamten Volkswirtschaft zugute kommt. Er schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß die Gewerkschaftsbewegung ihr hohes Ziel, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft zu verbessern und das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in der Wirtschaft durchzusehen, erreichen.

Dann erging der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein, Fürst, daß Wort. Er knüpfte an die große gewerkschaftliche Tradition Kieles an, an Kieles bedeutsame Rolle in der Revolution. Er begrüßte den Bundesausschuß als die Vertretung der Gewerkschaften, die eine der stärksten Stützen des jungen republikanischen Staates sind.

Der Vorsitzende des Ortsausschusses Kiel, Kollege Böttcher, begrüßte den Bundesausschuß im Namen der Organisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des ADGB-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, die zusammen 30 000 Organisierte in ihren Reihen zählen, sowie im Namen der vielen von der Arbeiter-Arbeitschaft geschaffenen Einrichtungen.

Leipart dankte im Namen des Bundesausschusses dem Vertreter der Stadt, dem Oberpräsidenten und dem Führer der Kieler Gewerkschaften für die herzlichen Worte der Begrüßung. Die Gewerkschaften werden sich, wie bei ihrer ganzen Tätigkeit, so auch auf dieser Tagung stets bewußt sein, daß sie mit der rücksichtslosen Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft den Dienst am Wohl des ganzen Volkes verbinden müssen.

Dann erstellte er dem Mitglied des Bundesvorstandes Wilhelm Eggert, das Wort zu seinem Vortrag über „Staat und Wirtschaft“, den wir weiter oben im Auszug veröffentlichten.

Nach dem Referat Eggerts sprach in der Diskussion Genosse Schmidt vom Bergarbeiterverband. Man könne die Angaben der Unternehmer über die Lage der Industriezweige, die sie bei Lohnbewegungen machen, nicht mit Vertrauen aufnehmen. Es sei nötig, die Möglichkeit der Nachprüfung zu schaffen. Anfänge hierzu seien durch den Reichskohlenrat und Reichskalifrat gegeben. Die Verbesserung dieser Einrichtungen bestiedige zwar nicht, aber die Ausnutzung ihrer Möglichkeiten gebe doch manchen Einblick in die wirtschaftlichen Bedingungen dieser Wirtschaftszweige, die in anderen Industrien fehlen.

Bernhard vom Baumgewerksbund erklärte, daß der Staat die Möglichkeit, Einfluß zu nehmen auf die Förderung der Bauwirtschaft, nicht genügend ausnütze. Die öffentliche Gewalt müsse der Bauwirtschaft mehr Aufmerksamkeit zuwenden. Es seien in Deutschland angeblich 600 000 Wohnungen. Bernhard schätzte jedoch diese Zahl doppelt so hoch. Er nannte Tatsachen, die Art und Umfang des Wohnungsmangels kennzeichnen. Es sind zwar acht Millionen — davon 54 v. H. aus der öffentlichen Hand — für den Wohnungsbau aufgewandt worden, aber diese Aufwendungen sind ungenügend und die Wohnungswirtschaft des Reiches ist planlos. In der besten Bauphase finden die Bauarbeiter keine Beschäftigung. Die Hansinselner müsse selbst zum Wohnungsbau Verwendung finden. Auch die Landwirtschaft muss dazu herangezogen werden. In den nächsten 10 Jahren müssen mindestens 300 000 Wohnungen jährlich gebaut werden. Die Bauwirtschaft sei eine wesentliche Säule der Konjunktur, der Weg zu ihrer Befreiung führe über die Förderung des Bauens durch Mittel der öffentlichen Hand. Darauf sei es auch nötig und möglich produktiv Auslandskredite zum Zwecke des Wohnungsbaus hinzunehmen.

Reichel (Metallarbeiter) dankte den Verbänden des ADGB und des Baubundes sowie allen guten Kräften des deutschen Volkes für die warme und hilfsbereite Sympathie, die sie den kämpfenden Massen in Westdeutschland entgegengebracht haben. Diese Sympathien haben viel zur Aufrechterhaltung des Mutes und zur Stärkung des Vertrauens der Arbeiterschaft im Kampfgebiet beigetragen. Sie werden auch bewirken, daß der Arbeitgeberverband der Nordwestlichen Gruppe in Zukunft eine andere Einstellung zum Gedanken des Tarifvertrages einnimmt als bisher. So leidenschaftlich wie diesmal sperren diese Unternehmer die Arbeiter nicht wieder aus.

Nach dieser Debatte wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Spätes Weihnachtsglück.

Von Bertta Ach.

Kleia Robert war immer ein aufgeweckter Junge. Hell und fröhlich lobt er mit seinen Blontangen in die Welt, die ihm auch scherhaft nur ihre lichtesten Seiten zeigte.

Aber — es war nur ein kurzes Glück!

Als uneheliches Kind hat er nie seinen Vater gekannt. Seine Mutter liebte ihn wie nur eine Mutter lieben konnte. Sie war gezwungen, als Fabrikarbeiterin ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Ja — wer es nur immer so gegangen! Aber sie wurde arbeitslos, denn schon damals waren Wirtschaftskrisen an der Tagesordnung, welche sich noch mehr als heute zum Schaden des Arbeiters auswirkten. Nun begann eine trostlose Zeit für Mutter und Kind. Überall wurde sie abgewiesen, überall mußte sie die ganze Tragik einer unehelichen Mutter kennen lernen, für deren Bitten man oft nur die kurze Abweisung hatte:

„Kennen wir dafür, daß Sie ein Kind haben?“

Wie diese uneheliche Mutter um ihr Kind bangte, wie sich ihr das Herz zermarterte, wenn ihr Kind am Brod lief, das sie nicht geben konnte! Sie fand keinen anderen Ausweg, als ihr Kind in die Fürsorge zu geben.

War es eine Rettung — Hilfeleid, oder war es schlaue Berechnung, nach Jahren eine billige Strafversetzung zu haben, die Heidebaren bestimmt, das Kind zu sich zu nehmen?

Aber war der kleine Robert jetzt monatelang im neuen Heim. Sein fröhles Kinderherz war verstoßen. Schon sah er in seinem Herzen, selbst die Spiele der Kinder des Heidebaren brachten ihn nicht leiden, willzum.

Wehrlosen wußte. Mit den anderen Kindern saß er am großen Tisch. Die Heidebären erzählte vom Weihnachtsfest, vom Christkindlein, das nun bald auf die Erde kommen wird; die Menschen zu beschützen mit letzter Liebe, seinen Gaben.

Jetzt, so dachte Kleia Robert, kann es nichts gut werden. Das Christkindlein kommt und bringt auch mir mein Leidchen, so wie hier ich mich es ja!

Neues Leben ergibt ein das Kinderherz. Der kleine Kleia wurde zutrafficher, und ganz Kleia lärmte er sich an die Türe hin, weil der Haager.

Mutter, bringt mit das Christkind etwas?“

„Das sollst nicht Mutter zu mir sagen, Mutter ist jetzt ich für dich.“

Schmidt (Landarbeiterverband) untersucht den Gedanken Eggers, daß das Reich vorstelliger sein sollte bei der Subventionierung der Wirtschaft. Denn woher kommen diese Summen? Aus der Steuerleistung der breiten Massen! Subventionspolitik bedeutet Stützung schwächer Betriebe. Schmidt traf den Ausführungen von Dr. Hermann entgegen, in denen er eine Erhöhung der Getrebelösen fordert. Die Gewerkschaften können diese Politik nicht mitmachen.

Brandes (Metallarbeiterverband) sprach über den Kampf der Werstarker. Gerade in der am schwächer rationalisierten Industrie werden den gleichen qualifizierten Arbeitern, die in anderen Industrien bessere Tariflöhne erhalten, Löhne gezahlt, die um 30 bis 40 Pf. niedriger sind. Es liegt nicht an der Arbeiterschaft und an ihren Organisationen, daß kein Friede geschlossen wird. Es liegt vielmehr an der halbstarken Haltung nicht etwa der Mehrheit, sondern einer rücksichtslosen Minorität der Werstunternehmer. Der Kampf an der Ruhr ist nicht nur ein wirtschaftlicher, er ist auch ein politischer Kampf. Die Unternehmer haben sich verrechnet. Die breite Öffentlichkeit stand auf Seiten der Metallarbeiter. Die Unternehmer werden sich auch weiterhin irren. Sie haben sich einem Schiedsspruch unterworfen, über dessen Inhalt sie noch nichts wissen. Gewiß — auch die Gewerkschaften. Es ist Ihnen aus wohlerwogenen innergewerkschaftlichen Gründen nicht leicht geworden. Aber der Mann, der den Schiedsspruch fällen wird, ist ein Mann, der das Vertrauen der Gewerkschaften geniegt. Der fünfzehnjährige Kampf wird eine gute Lehre für die Unorganisierten sein. Vor allem zeigt

Schmidt (Landarbeiterverband) untersucht den Gedanken Eggers, daß das Reich vorstelliger sein sollte bei der Subventionierung der Wirtschaft. Denn woher kommen diese Summen? Aus der Steuerleistung der breiten Massen! Subventionspolitik bedeutet Stützung schwächer Betriebe. Schmidt traf den Ausführungen von Dr. Hermann entgegen, in denen er eine Erhöhung der Getrebelösen fordert. Die Gewerkschaften können diese Politik nicht mitmachen. Brandes (Metallarbeiterverband) sprach über den Kampf der Werstarker. Gerade in der am schwächer rationalisierten Industrie werden den gleichen qualifizierten Arbeitern, die in anderen Industrien bessere Tariflöhne erhalten, Löhne gezahlt, die um 30 bis 40 Pf. niedriger sind. Es liegt nicht an der Arbeiterschaft und an ihren Organisationen, daß kein Friede geschlossen wird. Es liegt vielmehr an der halbstarken Haltung nicht etwa der Mehrheit, sondern einer rücksichtslosen Minorität der Werstunternehmer. Der Kampf an der Ruhr ist nicht nur ein wirtschaftlicher, er ist auch ein politischer Kampf. Die Unternehmer haben sich verrechnet. Die breite Öffentlichkeit stand auf Seiten der Metallarbeiter. Die Unternehmer werden sich auch weiterhin irren. Sie haben sich einem Schiedsspruch unterworfen, über dessen Inhalt sie noch nichts wissen. Gewiß — auch die Gewerkschaften. Es ist Ihnen aus wohlerwogenen innergewerkschaftlichen Gründen nicht leicht geworden. Aber der Mann, der den Schiedsspruch fällen wird, ist ein Mann, der das Vertrauen der Gewerkschaften geniegt. Der fünfzehnjährige Kampf wird eine gute Lehre für die Unorganisierten sein. Vor allem zeigt

Gern leistete ich der Aufforderung Folge. 20—25 Männer an einem Tage organisieren zu können, kommt heute nicht mehr allzu häufig vor. Leider muß man jedoch öfters die Wahrnehmung machen, daß nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Abschluß eines Tarifvertrages die Organisation wieder in Vergessenheit gerät. Auf dem Wege zum Werk machte ich mir Gedanken über große Fluktuation in der Mitgliederentwicklung. Wenn diese endlich einmal unterbunden werden könnte, Umso mehr wäre mit einem Schlag bedeutend größer.

Auf dem Werke würde ich bereits erwarten. Dreiviertel Stunden lang leiste ich den Arbeitern den Wert der gewerkschaftlichen Organisation auseinander. Wo bei vielen, schwerer Arbeit ein niedriger Lohn gezahlt wird, ist es ja leicht, zu beweisen, welche Vorteile im Tarifvertrag liegen, und so macht es auch keine sonderlich große Mühe, die Aufnahmehilfe auszufüllen zu bekommen. Anders ist die Frage, ob diese Neugewonnenen ebenso freiwillig und gern ihren Beitrag zahlen werden. Verbandsmitglied sein möchten wohl Hundertausende von Arbeiterninnen und Arbeitern, wenn bloß dieses dumme Vertragszahlen nicht wäre.

Ich hatte sofort darauf hingewiesen, daß es zur Zeit nicht leicht sei, den Abschluß eines Tarifvertrages zu fertigen. Meine Befürchtung stand ich bestätigt, sobald ich mich mit dem Arbeitgeber ins Benehmen setzte. Ein älterer, großer Mann mit einem roten, wenig gepflegten Bart stellte sich mir als solcher vor. Tarifvertrag wollte er keinen, unter keinen Umständen. Es sei geradezu eine Verfrüchtigkeit, darüber zu verlangen, erklärte er mir. Nur mit seinen Arbeitern wolle er zu tun haben. Wenn diese etwas wollten, könnten sie selbst zu ihm kommen. Wenn es nicht passt, der könne ja gehen. Lieber wolle er den Schlüssel herumdrohen, womit er meinte, den Betrieb stilllegen, als einen Tarifvertrag abschließen.

Mit dem Alter war nichts anzufangen. Ich wußte ihn darauf hin, daß von unserer Seite nun der Schlichtungsausschuß angerufen werden müsse.

Nun wandte ich mich mit einigen Arbeitern einem kleinen Bergdorfchen zu. Einen steilen Weg hatten wir zu beschreiten. Nur langsam kamen wir voran. Einsilbig und stockend beantworteten die Kollegen die von mir gestellten Fragen. Gewerkschaftlich organisiert sind sie schon alle einmal gewesen, manche schon mehrmals. Jeder hätte einen anderen Grund für den letzten Ausfall. Ich rechnete meinen Begleitern vor, daß sie im letzten Jahre mindestens 250 bis 300 Mk. deshalb weniger verdient hätten, weil ein Tarifvertrag nicht besandt. Das konnten sie nicht bestreiten. Sonderbare Vorstellungen scheinen sie sich über das Zustandekommen eines Tarifvertrages gemacht zu haben, denn einer, ein 26 Jahre alter, fragte mich plötzlich, ob denn die 80 Pf. Stundenverdienst, die sie im letzten Monat erzielt hätten, nicht gesetzlich seien. Ich war sprachlos. So weit sind wir gekommen, daß es Arbeit gibt, die annehmen, die Lohnhöhe würde durch Gesetz bestimmt. Daß für Mütter kein gesetzlicher Preis besteht, war dem Kollegen ebenso begreiflich wie auch die Tatsache, daß der Schuster für Reparaturen keine gesetzliche Bezahlung hat. Über das Stundenverdienst von 80 Pf. nicht gesetzlich sein solle, schien ihm unbegreiflich. Es wäre ja eine herrliche Sache, wenn durch Gesetz die Lohnhöhe bestimmt werden könnte. Aber auch sehr gefährlich. Denn welche Lohnhöhe würde ein Ministerium bestimmen, in dem der Einfluß der Kapitalisten noch größer ist als zur Zeit? Welcher Maßstab könnte zur Anwendung? Wer sollte einen Ausweg finden aus dem großen Lohnunterschieden, die zur Zeit bestehen? Soll der gesetzliche Lohn des Fliesenlegers 1,70 Mk. pro Stunde befragt und der des ungeliebten Arbeiters in der chemischen Industrie 60 bis 70 Pf.? Das geht nicht. Nach wie vor werden die Machtverhältnisse für die Höhe des Lohnes entscheidend sein. Eine starke, geschlossene gewerkschaftliche Organisation ist Voraussetzung hierfür. Alles das und noch mehr erklärte ich den Kollegen. Wir kamen so schnell zum Dorf hin.

Diesen Vorgang benutze ich am Abend dazu, einen Vortrag über das Zustandekommen eines Tarifvertrages und dessen Rechtsverhältnisse zu halten. Wir hatten eine schöne und gut verlaufene Versammlung.

Heinrich Treitel.

Fragend schaute er zu ihr auf, denn noch begriff er ihre Worte nicht. Es war auch gut so. Seine Frage wiederholte er nicht mehr.

Der Weihnachtstag war gekommen. Seeliges Erwarten beherrschte die Kinderherzen. Auch Robert's Herzchen schlug schneller, wenn er der Dinge dachte, die da kommen sollten. „Christkindlein kommt!“, jubelte er immer wieder.

Ja, im Vorsatz der Freunde war es für diesen kleinen Schönen als im Empfangszimmer.

Hell erglänzen die Herzen am Weihnachtsbaum, und selig strahlten der Kinder Augen. Nun nahm der Vater eines nach dem andern und führte es zu seinen Gaben. Alle hatten ihr Teil, nur klein Achter stand immer noch auf seinem Plätzchen bei der Tür und sah verlangend nach den andern. Doch niemand wollte den flehenden Kinderblick versichern, der vom Vater zur Mutter eilte. Erst als er lach aufschlugzie, schien man ihn wieder zu bemerkten. Achsch schob ihm die Mutter ein Lebkuchenherz zu.

„Du, sei still, wirfst wohl nicht immer brüchen, was unsre Kinder haben!“

Er nahm die Gabe; doch ob auch Weh sich in sein Inneres schlägt, so fest hielt er in seinen Händchen das Lebkuchenherz — bis es zerbrach.

Er war gewiß nicht empfängsvoll. Wäre ihm diese süße Gabe mit einem lieben Wort gereicht worden, dann hätte auch er gehabt und freudig eingestimmt: „O du fröhliche, o du fröhliche Weihnachtszeit!“

Zum erstenmal in seinem Leben hatte er an diesem Weihnachtstagend die ganze Schwere seines Schicksals erfahren müssen: keine Heimat haben, keine Liebe, ein Fremdling sein. Ach oft hat sich dieser traurige Abend in seinem Leben wiederholt.

Siebzehn Jahre war er alt, als er den Weg ins Leben nahm mit früherem Schrift. Wo er ging, und wo er zog, so oft sah er ihm die Herzen. Überall gewann man den blauen Bräutigam her, der so offen und frei in die Welt schaute, dem die Liebe verholf, der Freude zeigen und halten konnte. Er, der eins vom Glück Vergessene, hatte sich rasch das Vertrauen seiner Mitmenschen erworben, und nun ging er Schrift zu Schrift zur Lebenschöhe.

Wieder ist's Weihnacht geworden. Nach einer Woche zuvor hatte er sich ein neues Leben als Lebensgenossen hingezaubert.

Wie war's so wohlig im eigenen Heim! Er hatte seiner jungen Frau geholfen, das Weihnachtstdummen zu tun. Selig mit Angen der Liebe, hatte sie ihm immer wieder zugelacht. Nun waren sie fertig, und er eilte hinaus. Gedankenwohl sieht ihm seine junge Frau nach. Was er wohl hat? Er ist so eigen heute. Was fehlt ihm nur?

Sie will ihn fragen. Die Antwort wird Wahrheit sein, denn seine Rede ist ja oder nein. Verstellung ist ihm fremd.

Inzwischen hatte sich ihr Mann den Wintermantel umgeworfen und war hinausgeeilt ins Freie. Jetzt nur allein sein! — —

Zum erstenmal im Leben besaß er eine Heimat und Heimatlichkeit, war kein Fremdling mehr. Liebende Arme streckten sich ihm entgegen, ein Herz voller Liebe schlug für ihn, und heute, nach dreißig Jahren, sollte er auch das erste Weihnachtsgeschenk erhalten. Es war zu viel des Glücks für diesen Mann, dem die Kindheit, die Jugend jede Freude versagt hatte.

Er eilt durch die Straßen, hinauf zur Höhe, dann wieder hinab den Hang. Der Wind warf ihm Schneeflocken ins Gesicht. Er schüttelt sie ab und schreitet weiter. Da — horch, ein mächtig Tönen dringt an sein Ohr. Wie oft zuvor, so laufen auch jetzt die Glocken das Weihnachtsfest ein. Einen Angenblick hält er inne. Noch einmal durchlebt er seine Kindheit, wie Hohn klingt die Botschaft: „Friede auf Erden!“

Nein, die Vergangenheit sollte ihn nicht mehr bezwingen. Jetzt hat er genau gerungen, hat abgerechnet mit seiner freudlosen Kindheit und Jugend, jetzt will er stark genug sein, sein spätes Glück zu fassen.

Wenige Worte haben genügt, und seine Frau verstand, was ihn hinausgetrieben. — Nun wurde es Weihnacht auch für diese beiden.

Ja, so ein Kinderherz ist ein gar zart besaitet Ding. Ein ruhiger Griff — die Saie springt — ein Mission durchzittert das kleine Herz — zittert nach — oft ein langes — langes Leben.

Oh, es frägt so mancher Alte, dessen Auge nicht mehr flammt, im Gesicht eine Falte,

die aus der Kindheit, einen Weihnachtstag, stammt.

Umschulung von Industriearbeitern für die Landwirtschaft.

Erwerbslose und Berufsschule im Alter von 17 bis 20 Jahren welche landwirtschaftliche Berufsschüler werden wollen, finden kostenlose Aufnahme und Ausbildung im landwirtschaftlichen Umschulungsbetrieb der Deutschen Arbeiterzentrale in Fliegerhorst bei Frankfurt an der Oder. Auskünfte erteilen die Arbeitsämter, die Landesstellen der Deutschen Arbeiterzentrale und deren Hauptverwaltung, Berlin SW 11, Hafenplatz 4.

Rechtsträger der Schule ist die Deutsche Arbeiterzentrale, deren Vorstand und Aufsichtsrat paritätisch unter Mitwirkung der freien Gewerkschaften zusammengesetzt sind.

Nach Beendigung der Lehrgänge werden die Schüler bzw. Schülerinnen je nach Wunsch und Gelegenheit einzeln in bürgerliche Betriebe oder in größeren bzw. kleineren Kolonnen in Gütbetriebe als Saisonarbeiter auf Verträge der Deutschen Arbeiterzentrale verpflichtet. Wünsche der Arbeitsämter, welche die Aufnahme in die Schule bewirkt haben, werden bei der Vermittlung nach Möglichkeit berücksichtigt. Für größere Kolonnen wird ein Vorarbeiter seitens der Leitung bestimmt, desgleichen, wenn möglich und erforderlich, eine im Kochen usw. ausgebildete Schülerin. Für die Entlohnung auf den Arbeitsstellen sind die Kreis- bzw. Bezirksärarife oder die sozialistischen Löhne maßgebend.

Die Arbeitsstellen werden hinsichtlich der Unterkunftsräume und der allgemeinen Arbeitsverhältnisse vorgeprüft.

Ein Fürsorgebeamter befindet von Zeit zu Zeit die Arbeitsstellen nach Einstieg der Schüler und steht zur Schlichtung von Streitigkeiten jederzeit zur Verfügung.

Der Besuch der Schule, die während des Lehrganges die Unterbringung und Verpflegung völlig kostenlos gibt, kann nur empfohlen werden.

Dagegen muß vor Umschulungsabschluß anderer Stellen besonders gewarnt werden.

Nicht zu empfehlen ist der Besuch der Lehrgänge in der Ostmark-Landarbeiter- und Siedlerberufsschule, Bieberfeld (Kreis West-Sternberg). Diese Schule ist ein Ableger der Altamanenbewegung und steht unter nationalsozialistischem Einfluß.

Weiter muß gewarnt werden vor dem Unternehmen eines Herrn Hans von Kühling, der für eine „Niedersächsische Landarbeiter- und Siedler-Schule“ wirtschaftet und Geld sammelt. Insbesondere sei darauf aufmerksam gemacht, daß Herr Hans von Kühling mit den Umschulungskursen der Deutschen Arbeiterzentrale wie auch mit dem Deutschen Verein für ländliche Wohlfahrt- und Heimatpflege, auf die er sich wiederholt beruft, nichts zu tun hat.

Nahrungsmittel-Industrie

Kommen wir in Deutschland ohne Gemüseimport aus?

Über diese Frage wird im letzten Jahre unter den Interessenten eine lebhafte Aussprache geführt. Betrachten wir die Entwicklung der Einfuhr von frischem Gemüse seit dem Jahre 1913 bis Ende 1927, dann stellen wir in dieser Zeitspanne eine bedeutende Steigerung der Gemüseimporte fest. Folgende Zusammenstellung zeigt uns, wie sich die Einfuhr von frischem Gemüse seit 1913 entwickelt hat:

	1913	1927	Wert
	Menge in t	Menge in t	in 1000 RM.
Kohlrabi	157 375	319 829	3 018
Weißenkohl	41 145	150 918	1 361
Wirsingkohl	48 356	149 890	1 373
Blaenkohl	590 999	1 015 508	21 292
Rosenkohl	24 131	42 747	1 446
Melonen		8 981	106
Rhabarber	7 830	10 885	178
Spargel	8 356	10 997	1 174
Tomaten	184 185	641 958	20 988
Pilze		3 823	423
Schmelzeln	479 980	638 130	9 521
Bohnen	813 749	174 075	4 807
Erbsen	34 077	26 359	696
Gurken, Röhlisse usw.	183 582	657 305	17 782
Meerrettich		16	1
Kartoffeln, Rohkartoffeln	203 123	107 737	2 056
Kartoffeln, Brütteler Zichorie	259 683	203 747	9 690
Petersilie, Stangenfellerie		3 024	166
	3 036 561	4 251 504	96 113

Die Zusammenstellung zeigt, daß wir im Jahre 1913 etwas über 3 Millionen Doppelzentner frisches Gemüse einführten. Im Jahre 1927 beträgt die Einfuhr jedoch rund 4½ Millionen Doppelzentner, das ist eine sehr starke Steigerung der Einfuhr. Groß ist die Steigerung bei allen Kohlarten sowie bei Tomaten, Gurken usw. Einen nennenswerten Rückgang zeigt die Bohneneinfuhr. Ist nun die Einfuhr beim Frischgemüse seit 1913 stark gestiegen, so ist die Einfuhr von konserviertem Gemüse einschließlich Obst in dieser Zeit von 750 000 Doppelzentner auf 716 000 Doppelzentner zurückgegangen. Es kann also eine stark erhöhte Einfuhr von frischem Gemüse und ein geringer Rückgang der Einfuhr an Konserven festgestellt werden. Ebenfalls zurückgegangen ist die Einfuhr von frischem Obst. Am meisten sind die Äpfel an diesem Rückgang beteiligt. Immerhin führen wir im Jahre 1927 noch für über 93 Millionen Mark Rohgemüse ohne sonstige frische Früchte ein.

Der seismäßige Gemüseanbau im Deutschen Reich betrug im Jahre 1927 125 669,2 Hektar. Die Anbausfläche ist rund 10 000 Hektar größer als 1913. Auf das engere Deutsche Reich berechnet, ergibt sich also eine ganz erhebliche Steigerung beim Gemüseanbau seit 1913. Da nun auch die Einfuhr von frischem Gemüse noch gestiegen ist, so ergibt sich daraus, daß sich die deutsche Bevölkerung stark auf den Gemüseverbrauch umgestellt hat. Der erhöhte Anbau hat mit dem noch höheren Verbrauch nicht Schritt gehalten, daher die vermehrte Einfuhr. Es erhebt sich nun die Frage, wie wir diesen erhöhten Gemüsebedarf durch Anbau auf deutschem Boden selbst decken können.

Unsere Schätzungen sind da mit einem recht probaten Mittel schnell zur Hand. Sie meinen, man brauche für Gemüse nur einen recht hohen Schuhzoll einzuführen, damit der Landwirt höhende Preise erhält, dann könnte die Einfuhr

stark vermindert werden. Das würde aber eine bedenkende Preissteigerung für das inländische Gemüse zur Folge haben, und zweitens würden erhebliche weitere Bodenflächen der Erzeugung von anderen Feldfrüchten entzogen werden, woran wir ebenfalls einen Mangel haben. Durch die bisherige Anbauart dürfte also das Problem nicht zu lösen sein. Die preußische Regierung hat daher Versuche unternommen, dieses Problem von einer anderen Seite zu lösen.

Als Konkurrent auf dem Frischgemüsemarkt kommt in erster Linie Holland in Betracht. Das trifft namentlich für die Gurkeneinfuhr zu. In den Monaten März bis Mai werden wir fast ausschließlich mit Treibhausgurken aus Holland beliefert. Das Preußische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat im Jahre 1926 eine Denkschrift herausgegeben, in der das Problem der Glashauskulturen in Deutschland aufgerollt wird. In dieser Denkschrift wird darauf verwiesen, daß wir in der Nähe der holländischen Grenze 60 000 Morgen Hochmoorfläche haben, deren Kultivierung einen guten Boden für Glashauskulturen abgeben würde. Wird das Moor abgetragen, dann ergibt sich hier eine ähnliche Bodenart wie sie auch in Holland zur Züchtung von Gemüsen, namentlich Gurken, Tomaten usw.

Mensch sein.

Der schlecht bezahlte Arbeiter verkümmt natürlich physisch und geistig. Seine Arbeitsleistung sinkt qualitativ und quantitativ. Und im gleichen Tempo sinkt auch seine Kaufkraft. Wenn wir die Produktivität des Mannes — steigern wollen, dann darf es — nicht dadurch geschehen, daß wir Kaufkraft treiben an seiner Arbeitskraft. Wir müssen technisch auf die höchste Stufe vervollkommen Maschinen und Apparate verwenden.

Fabrikarbeiter Theodor Südler in „Produktion und Wirtschaft“. Verlag Hans Huber, Bern.

in Glashäusern benutzt wird. Würde auch nur ein Teil dieser Moorfäche der Glashauskultur nutzbar gemacht, dann könnte die Einfuhr von Gurken und Tomaten hierdurch ausgeglichen werden. Zur Allegorie dieser Gemüsehäuser wären allerdings große Kapitalien erforderlich.

Einen weiteren Versuch, die Glashauskultur zu fördern, hat die preußische Regierung unter Aufnahmehilfe von Reichsmitteln im Stadt- und Landkreise Essen gemacht. Der Versuch wird in der Presse sehr verschieden beurteilt. Die Fachzeitschrift „Die Konserven-Industrie“ bringt in ihrer Nummer 38 ein Zitat aus einer westdeutschen Zeitung, aus dem wir folgende Stelle entnehmen:

Hier handelt es sich nicht um Schrebergärten, die ein Arbeiter schlecht und recht in seinen Freizeitstunden bewirtschaftet, um Kartoffeln und Gemüse für seine kleine Familie zu ziehen, hier handelt es sich um ein sehr ernstes und schwieriges volkswirtschaftliches Problem und um eine ganz große Kunst, die die heutigen holländischen Gemüsebauern durch die Mühe und Arbeit von Generationen erworben haben. Gemüse kann ein abgelegter Bergmann mit Hilfe der verwendeten — beinahe hätten wir gesagt verschwendeten — Millionen nach einiger Zeit Gurken und Tomaten in einem solchen Glashause ziehen. Das ist aber nicht die Frage. Die Frage ist vielmehr, kann er sie in solcher Güte und in solcher Menge ziehen, kann er sein Glashaus so ausbauen, daß es sich rentiert, daß es also volkswirtschaftlich wertvoll ist? Diese Frage muß verneint werden. Dazu gehört viel mehr, als ein abgelegter Bergmann im Durchschnitt geben kann. Dazu gehört eine lange und gründliche Lehre, die Erfahrung von Jahrzehnten und auch jenseits noch allerlei.

Hier werden also ziemlich starke Töne gegen die Bestrebungen der preußischen Regierung, den Gemüsebau durch Glashauskulturen zu fördern, gebracht. Dem Wohlfahrtsminister wird es böse angekreidet, daß er mit abgebaute Begründen die Glashauskultur fördern will. Uns scheint, als ob das angeführte Zitat die Frage zu sehr unter dem engen Geschäftskreise der Interessenten betrachtet, die ja immer glauben, sie können alles, und der Staat kann nichts. In einem Punkte stimmen wir mit dem Zitat überein. Es handelt sich hier um ein ernstes volkswirtschaftliches Problem. Die Frage ist, ob wir weiter riesigen Mengen Frischgemüse vom Ausland einführen wollen, oder ob wir versuchen wollen, sie selbst zu erzeugen, um unsere Handelsbilanz günstiger zu gestalten. Entschließen wir uns für das letztere, dann muß zur Selbstversorgung der Versuch unternommen werden. Da wir nun einmal in der Freilandkultur nur zu bestimmten Jahreszeiten Gemüse züchten können, zu den anderen Jahreszeiten aber auf das Gemüse nicht verzichten wollen, bleibt nur die Glashauskultur übrig.

Hinzu kommt noch, daß in der Glashauskultur Bodenarten Verwendung finden können, die bislang als Moorfächer brachtegelegen haben. Durch die Glashauskultur würde also keine Ackerfläche den anderen Feldfrüchten entzogen werden. Der preußische Wohlfahrtsminister hat in einer Gegenpolemik ganz richtig den Sach geprägt: Die Lösung des Problems im Gartenbau liegt im Übergang von der Freilandkultur zur Glashauskultur. Durch die Glashauskultur ist Holland uns eben so stark überlegen. Einmal muß ja der Anfang gemacht werden; man kann sich nicht immer darauf berufen, daß andere Länder eine jahrelange Erfahrung haben, man muß anfangen, diese Erfahrungen zu sammeln. Verzichten man darauf, dann darf man nicht immer über die hohen Gemüseimporte schimpfen.

Der preußische Wohlfahrtsminister zitiert in dieser Pressepolemik eine Notiz aus der „Gartenwelt“ bezüglich des Gartenbaues in Holland. Danach betrug die Gemüse- und Obstflächenfläche in Holland insgesamt: 1912: 117 000 Acres, 1927: 164 000 Acres, Steigerung 47 000 Acres = 40 Prozent. Die Gemüse- und Obstflächen unter Glas betrug 1912: 2 400 000 Quadratmeter, 1927: 12 000 000 Quadratmeter, Steigerung 9 600 000 Quadratmeter = 400 Prozent. Treibhäuser: 1912: 5 700 000 Quadratmeter, 1927: 10 000 000 Quadratmeter, Steigerung 4 300 000 Quadratmeter = 75 Prozent. Weinhäuser für Traubenkulturen: 1912: 800 000

Quadratmeter, 1927: 4 800 000 Quadratmeter, Steigerung 4 000 000 Quadratmeter = 500 Prozent. Diese Zahlen zeigen denn doch, daß die Glashauskultur in Holland einen Aufschwung genommen hat, der wirklich nachahmenswert wäre. Die Bestrebungen, die Glashauskulturen in Deutschland zu fördern, haben nun auch die Konservenfabrikanten auf den Plan gerufen. Der erwähnte Artikel in Nr. 38 der „Konserven-Industrie“ trägt die Überschrift: „Warum Ausbau des Treibhausgemüsebaus in Deutschland?“ und den Untertitel: „Wohin des Weges? — Was wird aus der deutschen Gemüse- und Obstkonserveindustrie?“ Schon die Überschrift dieses Artikels zeigt, daß auch hier die Sache lediglich nach den Vor- oder Nachteilen für eine bestimmte Interessentengruppe beurteilt wird. So kann ein großes Problem nicht gelöst werden.

In einer anderen Nummer derselben Zeitschrift wird ein Referat von Herrn Hempel (Braunschweig) wiedergegeben, der die Frage behandelt: „Wie können der deutsche Gemüse- und Obstbau und die angestrebte Verwertungsindustrie den Ansturm der Auslandsprodukte abwehren?“ Auch dieser Vortrag wurde in erster Linie vom Standpunkt des Interessenten aus gehalten. Es heißt hier an einer Stelle:

Andererorts ist die deutsche Verwertungs-Industrie an einem ausreichenden Schutzpol für frisches Gemüse, Obst und Süßfrüchte, besonders im Winter und im Frühjahr, interessiert, weil diese Auslandsprodukte den Verbrauch an Konserven in grohem Maße beeinträchtigen.

Auch hier wird also als Altheilmittel der Schuhzoll empfohlen. Die Frage, wie können wir uns gegen die Einfuhr von Gemüse wehren, kann viel einfacher beantwortet werden. Wir müssen versuchen, den deutschen Konsumenten das Gemüse ebenso gut und ebenso preiswert zu liefern, wie es das Ausland kann, dann wird die Einfuhr nachlassen.

Man kann durch einen hohen Schuhzoll ein bestimmtes Produkt im Anbau fördern. Dann werden aber andere Produkte wieder zurückgehen, wenn man nicht gleichzeitig zu neuen Anbaumethoden greift, um auf dem vorhandenen Boden mehr zu erzeugen. Durch die Schuhzollfrage kann also dieses Problem nicht gelöst werden. Würde sich nun ein erhöhter Gemüseanbau, gefördert durch Glashäuser, wirklich in erster Linie gegen die Konservenindustrie richten? Diese Frage muß so lange verneint werden, solange wir noch einen sehr großen Mangel an Frischgemüse in Deutschland haben.

Die deutsche Glashauskultur würde also in erster Linie zur Aufgabe haben, die Bevölkerung mit Frischgemüse zu jener Zeit und so weit zu versorgen, wie wir es heute vom Auslande beziehen, weil frisches Gemüse bei uns nicht zu haben ist. Die Konservenindustrie aber würde nach wie vor ihre Aufgabe darin sehen müssen, das im Sommer reichlich geerntete Gemüse halbbar zu machen und es dort abzusehen, wo trotzdem noch Mangel an frischem Gemüse besteht. In erster Linie aber gilt es doch, im Lande möglichst viel von dem zu erzeugen, was man braucht. Bevor wir alles erzeugen, was wir heute einführen, bis dahin ist noch ein weiter Weg. Es bleibt also auch für die Konservenindustrie nach ein reichliches Abschlagsleiter über.

Die oben gestellte Frage darf so zu beantworten sein: Will Deutschland sich vom Auslande in seiner Garneleversorgung unabhängig machen, dann muß es danach trachten, auf einer verhältnismäßig geringen Anbausfläche mehr Gemüse selbst zu erzeugen. Der Absatz der Konservenindustrie darf dadurch für lange Zeit hinweg noch nicht eingeschränkt werden. Zur Schwarzseheret besteht also für diese Industrie zunächst keine Veranlassung. Wir haben heute nicht soviel Gemüse, wie wir brauchen, und die Konservenindustrie kann es nicht verhindern, daß wir eine Riesenelastizität haben. Sie klagt sehr über die Konkurrenz dieser Einfuhr. Steigern wir unsere Eigenproduktion, dann wird die Einfuhr von frischem Gemüse geringer werden; für die Konservenindustrie ändert sich dadurch gar nichts. Volkswirtschaftlich aber ist viel gewonnen, wenn wir zunächst auch nur einen erheblichen Teil davon selbst erzeugen, was wir heute einführen. So muß dieses Problem betrachtet werden. Und wer es so betrachtet, der sollte auch dazu befragen, daß alle in dieser Beziehung unternommenen Versuche unterstützt werden. E.S.

Verschiedene Industrien

Die Ein- und Ausfuhr von Kunstmäumen

Jänner—Oktober 1928.

Die Berichte der Handelskammer Dresden sagten in den letzten Monaten recht pessimistisch über die Geschäftslage der Industrie künstlicher Blumen. Es muß deshalb erneut erneut, wenn durch die Außenhandelszahlen Jänner—Oktober d. J. eine enorme Aufwandsentwicklung des Exportes für Produkte aus der Kunstmäumen-Industrie festgestellt sind.

Die Kunstmäumen-Industrie (Bl. und Dekoration) hat in der Zeitperiode Jänner—Oktober 1928 im Vergleich zur selben Zeitperiode 1927 in Ein- und Ausfuhr der Menge und dem Wert nach Erhöhung aufzuweisen.

Die Ausfuhr betrug 410,24 Doppelzentner im Wert von 12 492 000 RM. 1927 hingegen 378,11 Doppelzentner im Wert von 10 730 000 RM. Das bedeutet eine Ausfuhrsteigerung der Menge nach um 624,13 Doppelzentner, dem Wert nach um 1 762 000 RM. Der Doppelzentnerausfuhrwert beträgt für die angegebene Zeit 1928 = 28,82 RM. 1927 hat derselbe 23,84 RM betragen. Damit hat sich derselbe für Jänner—Oktober 1928 im Vergleich mit derselben Zeit 1927 umgekehrt gehalten.

Die Einfuhr von Kunstmäumen betrug in der Zeitperiode Jänner—Oktober 1928 = 23,17 Doppelzentner im Wert von 238 000 RM. 1927 hingegen 14,70 Doppelzentner im Wert von 156 000 RM. Der Doppelzentnerwert für 1928 beträgt 10,27 RM. 1927 hat derselbe 10,61 RM betragen, damit hat er sich um 34 RM gesenkt.

Die Gesamteinfuhr von Kunstmäumen betrug 1927 = 19,8 Doppelzentner im Wert von 196 000 RM, die Gesamtausfuhr 174,97 Doppelzentner im Wert von 13 248 000 RM. Die Außenhandelsentwicklung bis Ende Oktober d. J. läßt namentlich bei der Ausfuhr erkennen, daß mit Abschluß des laufenden Jahres 1928 die Ausfuhrzahlen 1927 überhofft werden.

Aben der Aufwandsentwicklung der Kunstmäumen-Industrie (Bl. und Dekoration) hat in den ersten 10 Monaten 1928 nach die Kunstmäumen-Industrie (Papierblumen) einen metallischen Aufschwung in der Exportbewegung gefestigt. Die Ein- und Ausfuhr dieser Industriezeuge gestaltete sich wie folgt: In der Zeitperiode Januar bis Oktober d. J. wurden ausgeführt 12 487 Doppelzentner im Wert von 8 574 00

gleiche Zeitsperiode 8569 Doppelzentner im Werte von 6 478 000 Mk. und die Einführung 30 Doppelzentner im Werte von 19 000 Mk. Damit ist festgestellt, daß die Ausfuhr 1928 in Menge und Wert eine enorme Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen hatte. Die Einführung hingegen ist um die Hälfte gesunken.

H. Elslein.

Die Ein- und Ausfuhr von Spielwaren Januar/Okttober 1928.

Die Spielwaren-Industrie hat in der Zeitsperiode Januar—Okttober 1928 im Vergleich zur selben Zeitsperiode 1927 in Ein- und Ausfuhr in der Menge und dem Werte nach Erhöhungen auszuweichen. Die Einführung von Spielachen betrug in der Zeitsperiode Januar—Okttober 1928 6688 Doppelzentner im Werte von 2 728 000 Mark. 1927 hingegen 5082 Doppelzentner im Werte von 2 292 000 Mark. Das bedeutet eine Einführungserhöhung der Menge nach um 1601 Doppelzentner, dem Werte nach um 466 000 Mk. Der Doppelzentnerwert beträgt für 1928 = 143 Mk. 1927 hat er 148 Mk. befragt. Damit hat sich der Doppelzentnerwert für Spielwaren, die nach Deutschland eingeführt werden, um 5 Mk. gesenkt.

Die Ausfuhr von Spielachen einschließlich Christbaumschmuck betrug in der Zeitsperiode Januar—Okttober 1928 372 034 Doppelzentner im Werte von 93 287 000 Mk. 1927 hingegen 363 728 Doppelzentner im Werte von 90 445 000 Mk. Das bedeutet eine Ausfuhrsteigerung der Menge nach um 8208 Doppelzentner, dem Werte nach um 7 842 000 Mk. Der Doppelzentnerwert für Spielwaren ausfuhrwert befragt für die angegebene Zeit 1928 = 264 Mk. 1927 hat denselbe 249 Mk. befragt. Damit hat sich derselbe um 15 Mk. pro Zentner erhöht.

Die Gesamtausfuhr von Spielwaren betrug 1927 = 6915 Doppelzentner im Werte von 2 894 000 Mk., die Gesamtausfuhr 451 699 Doppelzentner im Werte von 113 332 000 Mk. Die Außenhandelsentwicklung bis Ende Oktober dieses Jahres in Ein- und Ausfuhr der Menge und dem Werte nach läßt erkennen, daß mit Abschluß des Jahres 1928 eine Erhöhung namentlich der Spielwarenausfuhr in Wert und Menge zu verzeichnen sein wird.

H. Elslein.

Rückgang der Puffeder-Industrie auch im Auslande.

Die absteigende Tendenz der deutschen Puffeder-Industrie seit Beendigung des Krieges 1918 ist des älteren festgestellt worden. Das Juristische dieser Industrie in Deutschland wurde darauf zurückgeführt, daß die Mode sich wesentlich verändert und daß die ausländische Konkurrenz die deutschen Absatzmärkte erobert habe.

Aus nachstehendem Bericht ist zu erkennen, daß es der Puffeder-Industrie im Auslande, insbesondere in England, nicht besser geht als der deutschen. Nach der Fachzeitung „Kunstliche Blumen für Mode und Dekoration“ zu urteilen, hat die „Daffy Moss“ London, unterm 7. November 1928 über die Puffederindustrie folgenden Bericht herausgegeben:

Für 10 000 Pfund Sterling unbedruckte Federn werden in den Lagerräumen.

Die Londoner Hafenbehörde steht einem ganz eigenartigen Problem gegenüber. Während der letzten fünf Jahre haben sich infolge des Verfalls der Mode für etwa 10 000 Pfund Sterling Strauß- und anderes Federn angehäuft. Die Lagerhäuser sind vollgestopft, und wegen des Unmarkens des Geschäftsvorhabens in den Hocks verlangt die Hafenbehörde, daß die Federn weggeschafft werden. Die Schwierigkeit besteht darin, daß niemand sie zu kaufen scheint. Ihre Eigentümer können keinen Abfall dafür finden, denn das Geschäft darin ist nachgängig. Die meisten Federn liegen bereits fünf Jahre in den Lagerräumen und sind dadurch so entwertet, daß selbst, wenn sie wieder in Mode kommen würden, sie kaum die Verkaufspreise erbringen dürften. Wenn ein Händler sie irgendwo eingeschlagen kann, so kann er sie unbedingt in der Hand behalten. Viele Händler nehmen, was sie erkämpfen können, indem sie die Federn als Staubwedel für Kissen und Fächer verkaufen.

H. Elslein.

Wirtschaftliches.

Aufschlußreiche Zahlen zum Eisenkampf.

Der reine Machtkampf-Charakter der Eisen-Aussperrung enthüllt sich bei der Betrachtung einiger aufschlußreicher Zahlen, die kürzlich von der „Frankfurter Zeitung“ zusammenge stellt wurden. Die Aussperrung erfolgte wegen einer Lohnsumme von 10—12 Millionen Mark pro Jahr, die der Schiedspruch über die Zugeständnisse der Eisenherren hinaus den Arbeitern zugesprochen hat. Von dieser Summe entfallen etwa 4,5 bis 5,5 Millionen auf die elsen schaffende, 5,5 bis 6,5 Millionen auf die verarbeitende Industrie. Die Jahreslohnsumme der ausgesperrten Arbeiter betragen etwa 600 Millionen Mark, das heißt, es wurde die Aus sperrung wegen weniger als 2 Prozent der Lohnsumme vorgenommen. (Im Monat November allein sind schon 8½ Prozent der Jahreslöhne ausgefallen!) Der Jahresumsatz der aus sperrenden Unternehmungen beträgt 2,25—2,50 Milliarden Mark. (Der Umsatz ist bei vertikal zusammengefaßten Unternehmungen, die ihre eigenen Rohstoffe und Halbfabrikate selbst verarbeiten, verhältnismäßig niedrig, im Vergleich zu anderen Unternehmungen.) Als Zechenbesitzer opfern aber die im Kampf stehenden elsen schaffenden Unternehmungen jährlich 45—50 Millionen Mark für die Finanzierung der Schleuder ausfahrt von Kohle nach dem Ausland. Die Strafzahlungen an das internationale Eisenkartell beanspruchen zur Zeit 8—9 Millionen Mark, früher noch erheblich mehr, abgesehen von den vielen Millionen Mark, die in der Schleuder ausfahrt vor Eisen und Walzwerkprodukten verpusert werden. Die Eisenzölle sicherten der Eisenindustrie einen Mehrerlös von 150 Millionen Mark. Es ist wohl möglich, noch andere aufschlußreiche Zahlen neben den von der „F. Z.“ angeführten zu erwähnen, z. B. die 30 Millionen Mark, die für den un mittelbaren Ausbau von Koksofen zu Zwecken des Deutschenkampfes von den Häfenwerken aus laufenden Gewinnen ausgegeben werden, oder die 100 Millionen Mark, die vom Montanamt „Vereinigte Stahlwerke“ ihren Gründern aus den Vorjahrsgewinnen zurückgezahlt wurden.

Die Wirkung der Aussperrung im Westen auf den Arbeitsmarkt.

Über die Folgen der Aussperrung in der rheinisch-westfälischen Industrie enthält der Bericht des Landesarbeitsamtes Boffzen vom 7. Dezember folgende treffenden Ausführungen: „Nach Beendigung der Aussperrung in der Eisenindustrie steht die Wirtschaft vor der Ausgabe, einen weit vergrößerten Produktionsprozeß mit seinen aneinanderfolgenden Produktionsstufen neu einzurichten. Dabei wird die zeitliche Abhängigkeit der verschiedensten Einstufen des arbeitsteiligen Produktionsprozesses, die sonst im Kreislauf der Wirtschaft aufgehoben ist, mit ihren Folgen für das Tempo der Arbeitsaufnahme bemerkbar. Nicht alle Arbeiter können gleichzeitig wieder eingesetzt werden. Die weiterverarbeiteten Werke müssen teilweise warten, bis die Hochöfen sie mit neuem Rohmaterial versorgt haben; dann die Materiallager haben sich während der langen Dauer der Aussperrung besonders bei den Eisenwerken außerhalb des Aussperrungsgebietes, gesenkt. Der Verlauf der Konjunkturentwicklung in der nächsten Zeit kann durch die raschende Herabsetzung der

Produktion in einem der konjunktursensiblen Wirtschaftszweige wesentlich bestimmt werden. Einerseits ist eine Verschärfung der bisher nur sehr allmäßlichen Abwärtsentwicklung des Beschäftigungsgrades zu erwarten, weil die Unternehmen ihre Betriebe in der rationellen Weise wieder in Gang setzen werden. Bei kontinuierlicher Entwicklung werden die weniger leistungsfähigen Betriebe nach und nach ausgeschaltet; bei der völligen Neuaufnahme ist die Aussonderung plötzlicher und gründlicher, so daß also die nächste Zeit eine vermehrte Arbeitslosigkeit in den betreffenden Industrien bringen kann.“

Hier wird also bestätigt, daß die Unternehmer diese Aus sperrung benutzen, um die Arbeiterschaft schärfer zu sieben. Die wenig leistungsfähigen Betriebe werden stillgelegt. Die übrigen werden in der rationellen Weise ausgebaut. Somit wird sich die Aussperrung als die größte Triebfeder zur Rationalisierung erweisen.

Der Kaufkraftausfall durch die Metallarbeiteraussperrung.

Das Konjunkturinstitut errechnet im letzten Wochenbericht einen Verdienstausfall durch die Ruhrsperrung in Höhe von 45 bis 50 Millionen Mark. Die Unterstützungs summen werden mit 17 bis 18 Millionen Mark angenommen, so daß ein tatsächlicher Kaufkraftausfall im November mit 30 Millionen Mark entstanden sei. Es ist aber u. E. nicht richtig, die Unterstützungssumme bei der Kaufkraftberechnung in Abzug zu bringen. Die Unterstützungen sind irgendwo als verfügbare Kapitalien und somit als Kaufkraft in Erziehung getreten. Mindestens beträgt der Kaufkraftverlust durch den Ruhrkampf 50 Millionen Mark. Das dadurch nicht nur die dort befindlichen Geschäftsläden geschädigt wurden, sondern die Konjunktur im allgemeinen einen Stoß erlebt, braucht nicht erst bewiesen zu werden.

Freie Preise und Kartellpreise.

Das Institut für Konjunkturforschung hat neulich einen neuen Großhandelsindex für industrielle Rohstoffe und Halbwaren ausgearbeitet, in welchem die Warenpreise, die von Kartellen geregelt sind, getrennt von den Warenpreisen aufgeführt werden, deren Preisbildung sich auf dem freien Markt vollzieht. Es ist recht bezeichnend für das gewaltige Fortschreiten der Kartelle, daß der Anteil der von den Kartellen geregelten Waren in der Branche der industriellen Rohstoffe und Halbwaren 50 Prozent beträgt. Unter den Waren, die zur Grundlage der Branche dienen, werden vom Kartell geregelt folgende Preise: Inlandische Kohle, Röhren, Halzeug, Träger, Stäbchen, Walzdrähte, Grobleche, Grauguss, Temperguss, Kupfer-, Zink- und Messingblech, Aluminium, Nickel, Kunstseide, Jute, Garn, Treibriemenleder, Chemikalien, künstliche Düngemittel, Zellstoff, Zeitungsdruckpapier, Pappe, Zement, eiserne Röhren, Dachpappe. Im laufenden Jahr sinken die freien Preise vom Januar 1928 mit 93,5 bis Oktober auf 90,5. Demgegenüber steigen die von Kartellen beeinflussten Preise trotz rückgängiger Konjunktur von 97,9 auf 100 im Oktober. Auf die Erholung der Kartellpreise ist zurückzuführen, daß der gesamte Preisstand nicht zurückging, trotzdem die Preise einer großen Anzahl von nichtkartellierten Rohstoffen, z. B. Teflonrohstoffe, Hante, Felle usw. sehr erheblich sanken.

Berichte aus den Zahlstellen.

Spiegelau. Der Paralyphus ist loschen. Mit großer Freimütigkeit haben unsere Vertreter in der Presse die Erfüllende, den Verlauf der Seuche, das Elend und die Armut der davon Betroffenen geschildert. Nun läuft auch uns, d. h. die Erkrankten, an dieser Stelle etwas losen — Herzlichen Dank für den Opfergeist aller unserer Kollegen und Funktionäre! Dank dem Hauptvorstand unseres Verbandes, den Arbeiterschaftsvereinen Regensburg, München, Franken sowie unserem Abgeordneten Bauer für die finanzielle Hilfe, die uns vor der bittersten Not bewahrte. Ganz besonders aber drücken wir die Brüderhand derjenigen Kollegen und Freunde, die sofort nach Ausbruch der Seuche aus freier Willensbestimmung sich zu einem Hilfskomitee in aufopferungsvoller Tiere zusammen schlossen, um die Hilfe zu organisieren. Alle Menschen führen, die sich nicht leisten ließen von dem Gründen der Engerzigen der Kartell, kann: Man kann nicht allen helfen, also helfen wir keizem! Nach harter ehrfürchtiger Arbeit in der Fabrik begann erst der Dienst an Arbeitskollegen und seiner in Not geratenen Familie. Später am Schrein sammelten sie, um damit die Wunden zu heilen, die bitterste Not geschlagen hatten. Wenn auch andere Menschen, die nicht Not und Elend kennen, in ihrer Engerzigkeit meinten, das Hilfskomitee habe das Pferd beim Schwanz ergriffen, so liegen wir freimütig diesen Leuten

Wie Freunde nenne man solche,
die des Göte fern uns halten,
und stets mit bedauern Sinne
für das Wahl der Freunde wachten;
Freunde sind, die alleroften
ihre armen Brüder finden,
wo die Not ist, gerne helfen
Und im Unglück nicht verschwinden.

Nach diesen Worten haben unsere Freunde im Hilfskomitee gehandelt. Euch gereicht es zur Ehre, euch gehört unter Dank.

H. F.

Sieghart. Einer unserer besten Funktionäre, der Kollege Karl Künze, unser Vertrauensmann für Westfalen und Betriebsratsvorsitzender der Konföderierten Alkoholwerke in Westfalen, ist am 11. Dezember 1928 an seiner Arbeitsstelle einem Gehirnschlag erlegen. Bereits lange vor dem Kriege stand Karl Künze in der Westfälischen Arbeiterbewegung. In der Partei und im Metallarbeiterverband nahm er immer eine anerkannte Funktionärstellung ein. Bis 1920 war er Bezirksleiter der Partei in Bielefeld. Auch das Stadtparlament in Bielefeld gehörte er an. Dann ging er nach Westfalen auf Wanderschaft seines alten Eltern. Diese und seine Frau und seine beiden Kinder lebt er jetzt zurück. In Westfalen waren damals schwere Betriebsnoten. Karl Künze mesterte sie, und nach kurzer Zeit waren die Kommunisten in der ganzen Region sehr erledigt. Ihre dominante Hoffnung Westfalen war restlos zerstört. Karl Künze wurde nicht nur Betriebsratsvorsitzender in den Alkoholwerken, er bekam das Amt des Ortsvereinsvorsitzenden, eines Gemeinderatsvorsitzenden, er wurde Kreisrats und Kreisvorsitzender. Der Unterbezirk Münster schickte ihn in den Provinzialrat. Auch war er Knapphafthaushälter bei der Heilbronner Knapphafthaushalte, die die Ammer in grüner Pflichterhaltung bis zu letztem möglichen Ende. Kollege Künze war am 1. Januar 1924 vom Metallarbeiterverband zu uns übergetreten. Alle, die Karl Künze kannten, trugen seinen Ruf. Er war mit seiner Meinung nicht verschwiegen. Wenn er etwas sagte, so war es bis zur letzten Konferenz überzeugt. Der Ton seiner knappen Reden war nicht für alle Ohren Musik. Aber wenn er etwas sagte, dann wußten alle, was er wollte und daß er es ernst meinte. So der Egerner Mulde, gab es für die Partei keine Arbeit, die Kurt Künze nicht vor-

bereitete und bei der er nicht mithielt. Trainer stehen mir an der Seite eines Mannes, in dem Treue und Ehrlichkeit verbürgt waren. Die Arbeiterschaft der Egerner Mulde wird den Verlust schwer empfinden, ebenso die Zahlstelle Sieghart, die in kurze einen fleißigen, pflichtbewußten Funktionär verteidigt. Sein Wirken wird den Kollegen des Betriebs in Westfalen und der Zahlstelle Sieghart ein Vorbild sein, dem nachzuhören sich alle bemühen werden. So ehrten wir am besten das Andenken des verstorbenen Kämpfers und Mitarbeiter.

Rundschau.

Die Herrschaft der Minderwertigen oder zur Aussperrung in der Eisenindustrie.

Die Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, „Der Arbeitgeber“, brachte in ihrer Nr. 22 vom Jahre 1927 einen Aufsatz von Dr. Edgar J. Jung: „Falsches und echtes Führertum“, mit einem Hinweis auf ein von dem gleichen Verfasser herausgegebenes Buch „Die Herrschaft der Minderwertigen“.

Dr. Jung unterscheidet zwischen falschen und echten Führern nach der Richtung, daß er als echte Führer jolche bezeichnet, die sich „für die Gemeinschaft verantwortlich fühlen“. Er stellt sich die Frage, ob überhaupt eine Schicht von solchen Führern mit „Verantwortlichkeitsgefühl für die Gesamtheit“ besteht, und beantwortet sie für Deutschland mit einem klaren Nein. Das einzige Kennzeichen des Angehörigen einer gesellschaftlichen Oberschicht sei der Besitz. Dieses Kennzeichen sei aber keineswegs geeignet, einen Stamm von Führern zu entwickeln. Nicht das besondere geistige Verantwortlichkeitsbewußtsein, sondern der zufällige Umstand des Reichtums wirke heute führend. Der Besitz lasse aber die Anlagen für Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Allgemeinheit immer mehr verlieren. — Wohlgeheiht, das sagt Herr Dr. Jung den deutschen Arbeitgebern in ihrer Zeitschrift!

Wer Alkoholikern helfen will,

muß selbst abstinent sein. Würde sich das nicht lohnen, auch wenn man nur Gelegenheit hätte, einen einzigen Menschen mit seiner Familie vor dem Verkommen zu retten? Ich meine ja; die meisten Menschen meinen nein; und ich meine hinzu, das sei auch eine unbewußte Gemeinschaft. Denn wenn die gleichen Leute den gleichen Menschen aus dem Wasser ziehen könnten, würden sie es tun, manchmal mit dem Risiko ihres eigenen Lebens. Und nun ist es Ihnen zu viel, einen Schuppen zu lassen zu dem gleichen Zweck, einen Schuppen, den sie nachher gar nicht entbehren.

Prof. Dr. Eugen Bleuler („Unbewußte Gemeinschaften“).

Verbandsnachrichten.

Zahlstellenkassierer, Achtung! Kassenmorder auf Tour!

Vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband wird mitgeteilt, daß in den letzten Wochen ein raffinierter Schwindler Zahlstellenkassierer zu Schröpfen versucht hat. Bei diesen Versuchen hat er auch leider zum Teil Erfolg. Der Schwindler reist auf die Namen Hendrik van den Bruck, van den Loos und ähnlich. Er verwendet gefälschte Bescheinigungen und nachgedruckte Firmenbogen Holländischer Organisationen. Mit diesen gefälschten Papieren soll nachgewiesen werden, daß sein Mitgliedsbuch an die Verbandszentrale eingereicht ist, er krank war und für mehrere Wochen Krankenunterstützung zu beanspruchen hat. Er behauptet, ohne Vermittel zu sein, und versucht von den Zahlstellenkassierern unter Hinweis auf seinen angeblichen Anspruch auf Krankenunterstützung Vorschuß zu erhalten.

Darüber hinaus ist auch festgestellt, daß dieser Schwindler bei Kassierern des Deutschen Steinarbeiterverbandes einen ähnlichen Trick versucht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er auch unsere Zahlstellenkassierer zu Schröpfen versucht. Deshalb Achtung! Unterstützungen darf nur auf Mitgliedsbücher ausgezahlt werden und auch nur unter der Voraussetzung, daß diese vollkommen in Ordnung und auch alle in Frage kommenden statutarischen Bestimmungen eingehalten sind.

Mitgliedsbuch verloren.

Der Kollege Artur May, Zahlstelle Offendorf-Okrilla, hat sein Mitgliedsbuch verloren. Das Buch trägt die Nummer 61 199 563. Sollte es in einer Zahlstelle vorgezeigt werden, so muß es dem Vizepräsidenten abgenommen und dem Hauptvorstande eingangs werden.

Die Zahlstelle Schönningen

sucht zum möglichst baldigen Amtitt einen tüchtigen

Geschäftsführer.

Bewerber müssen mit allen einschlägigen Verbands- und Bureauarbeiten vertraut, ebenso rednerisch und zur Abhaltung von Vorträgen befähigt sein.

Bedingung: Mindestens fünfjährige Verbandszugehörigkeit. Der Bewerbung ist eine handschriftliche Schriftleitung des Lebenslaufs sowie der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterschaft einzufügen. Außerdem ist eine schriftliche Beantwortung der Frage: „Wie ist eine Zahlstelle am besten zu leiten?“ mit einzufügen.

Die Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Kollegen Karl Tolski, Magdeburg, Rathswageplatz 1/2, III, bis zum 27. Dezember 1928 zu senden.

Zahlstelle Hildesheim.

Von Weihnachten an befindet sich unser Bureau nicht mehr Goschenstraße 24, sondern in unserem Verbandshaus Wiesensee, 1, Linie 3 der Elektrischen, Hafestelle Goschenforschule. Geöffnet täglich außer Sonnabends und Sonntags von 16—18 Uhr. Auszahlung der Unterstützungen immer Freitags von 9—13 Uhr und 16—18 Uhr.

[4. K]

Briefkasten.

Schlecht Brand. Loh ihn schwächen. Das wird ja allmählich gar zu naiv. Von geistig ausgewachsenen Menschen erwartet man etwas anderes. Den Verlust der Ziegler kann er sein Leben lang nicht vergessen. Sie sind ihm fortgegangen, weil sie leben, daß sein angebliches Christentum mit seinem persönlichen Verhalten nicht im Einklang stand.

Literarisches.

Der Wahre Jakob. Illustrierte Zeitschrift für Sitten, Humor und Unterhaltung. 40. Jahrgang, Nr. 19. Erscheint 14-täglich und ist zum Preise von 30 Pf. in allen Buchhandlungen zu haben.

Zeitung 3. D. 20. Die Ziegler, Berlin SW 66, Lindenstraße 5.

Beilage zum Proletarier

Nummer 51.

Hannover, 22. Dezember 1928.

37. Jahrgang

Aus der Industrie

Die KPD-Siedlung

In der chemischen Industrie, insbesondere in den Betrieben in Höhen, Leverkusen und Ludwigshafen, sind der Arbeiterschaft noch gut in Erinnerung. Die Arbeiterschaften gedenken noch der Not des Elends, der Gefängnis- und Zuchthausstrafen als Folgen der KPD-Narren. Diese Spaltpartei hat sich ancheinend während der Auspeppung in der nordwestdeutschen Eisenindustrie noch nicht so recht auszoben können. Jetzt sieht die Presse der KPD-Presse in der Chemie ein. Die KPD will in dieser Industrie wieder einmal Lohnbewegungen machen. Gibt es denn überhaupt etwas in der Welt, um das sich nicht diese Hansdampartei kümmern müsste? Mit hysterischem Eklat verhandelt die KPD-Presse schon wieder den geplanten Vertrag der Fabrikarbeiterhorben. "Weg mit den Sozialverdäten!" ist das blöde Felsgeschrei. "Hört, ihr Arbeitern, seht doch uns Kommunisten an die Stellen der Verarbeiter! So jammern diese Postenläger. Wo aber so ein KPD-Mann an einer freieren Stelle saß, hat er immer den Beweis seiner — nicht einmal — Mittelmäßigkeit oder seiner peinlichen Impotenz erbracht. Weil an verantwortlicher Stelle der Mund nicht mehr als Hauptorgan fungieren konnte, peinlich zeigte sich immer sehr bald die Unzulänglichkeit.

Die Chemiearbeiter mögen vor den kommunistischen Scharlatanen auf der Hut sein. Intelligente Arbeiter brauchen nicht zu warnen, nur erluchen wir sie, unter der Übrigen, noch nicht erfahrenen Arbeiterschaft für Ausbildung zu sorgen, damit sie vor Schaden bewahrt bleibt. Die KPD-Letzung ist eine gewissenlose Gruppe von Abenteuerern, die vor keinem zurückschrecken, um ihre verrückten Pläne zu verwirklichen, und sei es auch auf Kosten des Massenelends verführter Arbeiter. Weißt diese kommunistischen Phrasenhelden kurz ab! Mögen sie, statt in Deutschland Trümmerhaufen zu machen, in Aukland Ordnung schaffen.

Chemietrust in Amerika.

Neben dem Chemietrust der J.-G. Farbenindustrie in Deutschland und dem Chemietrust in England ist es nun auch zur Gründung eines Chemietrusts in den Vereinigten Staaten von Amerika gekommen. Dieser neue Chemietrust wird der drittgrößte seiner Art in der Welt sein und sich als neues stärkstes Glück neben seine europäischen Vorgängern stellen, mit denen ihn finanzielle, zum großen Teil aber auch produktions- und marktpolitische Interessen verbinden.

Die Basis dieses neuen Trustes wurde geschaffen durch den Zusammenschluß der amerikanischen Großunternehmen von C. I. DuPont des Nemours & Co. und Grasselli Chemical Co., wobei es jedoch nicht zu einer restlosen Fusion ber beiden Unternehmen kam, sondern die DuPontgruppe vorläufig nur die Interessen der Schwerchemikalienindustrie von der Grasselligruppe übernommen hat. Die letztere Gruppe, die auf einen Geschäftsbetrieb bis zum Jahre 1889 zurückblickt, hat neben den oben genannten Interessen auf dem Gebiete der Schwerchemikalien auch Farbstoffinteressen, die sind in der der DuPontgruppe kontrollierten Gruppe der Grasselli-Dreyfuss Corporation zusammengefaßt.

Der Vertrieb der Produkte der Grasselli-Dreyfuss Corporation erfolgt durch die General Dreyfuss Corp. in New York, gleichzeitig ist aber die sogenannte Verkaufsgeellschaft auch die amerikanische Vertreterin der Deutschen J.-G. Farbenindustrie. Interessant ist die Tatsache, daß die General Dreyfuss Corp. die frühere Verkaufsorganisation der Grasselli-Dreyfuss Corp. die aus den Firmen H. A. Meissner & Co. und Pichardt-Kastor & Co. bestand, übernommen hat, die ebenfalls früher Vertreter der J.-G. Farbenindustrie in Amerika waren. Durch diese Konzentration der Verkaufsorganisation sind auch die amerikanischen Interessen der J.-G. Farbenindustrie in dieser Gesellschaft zusammengefaßt.

Diese Verbindung hat zu einer weitgehenden Zusammenarbeit im politischen und produktionstechnischen Hinblick geführt, indem die Grasselli-Dreyfuss Corp. der amerikanischen Hauptproduzent in Farbstoffen sich völlig auf die Möglichkeiten der J.-G. Farbenindustrie eingestellt hat und nur solche Farbstoffe und Nebenprodukte fertigt, deren Erzeugung in Amerika größere Vorteile bringt als die Import aus Deutschland. (Kohlenmaterial, Zölle, Transportkosten.)

Die Gruppe Farbstoffe wird scheinbar durch die Gründung nicht sofort erfaßt, trotzdem bleibt die Bildung des Chemietrusts von großer Bedeutung für die chemische Industrie der U. S. A., da ein vollständig beherrschender Chemietrust, abgesehen von der früheren Machtschaltung der DuPontgruppe, nicht bestand. Dieses Verhältnis hat sich nun geändert durch die Übertragung der gesamten Produktion von Schwerchemikalien an die Grasselli-Gruppe. Diese Produktion umfaßt vorzugsweise organische und anorganische Säuren, Ammoniumverbindungen, Arsensäure sowie andere Schwermetallverbindungen, Chlorsäure und Metallsulfate, Stickstoff, Lithopone, Oligoamid, und Sprengstoffe.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß der übertragende Einfluß des neuen Trusts auf die amerikanische Schwerchemikalien-Industrie damit geändert ist und daß dieser Einfluß auf vielen Gebieten sich auf andere kleinere, jetzt noch unabhängige Gruppen der chemischen Industrie auswirkt wird. Es besteht somit die Möglichkeit, daß von dieser Gruppe der Aussicht zu einem restlos geschlossenen Trust der chemischen Industrie der U. S. A. erfolgen wird. Diese Münchnerung gewinnt einen sehr großen Grosz von Bedeutung, wenn man in Betracht zieht, daß die in Frage kommende Regierungsmühle die Genehmigung zum Zusammenschluß grundsätzlich erfordert hat und auch die Antitrustüberwachungsstellen ihr Einverständnis erklärt haben.

Der neue Trust arbeitet mit einem Kapital von zirka 200 Millionen Dollar. Wenn auch die Farbstoff-Interessen der Grasselli-Gruppe in diesem neuen Trust nicht mit eingeschlossen werden, so ist doch eine weitere angestrebt, daß auch der Einfuß der J.-G. Farbenindustrie durch ihren Zusammenschluß mit der Grasselli-Gruppe auf die DuPont-Gruppe durch die neue Fusion in irgend einer Form gewahrt ist. Über die letzten Zusammensetzungen solcher internationalen industriellen Verbündungen steht immer ein gewisser Dunkel, das sich der allgemeinen Bezeichnung entzieht.

Immerhin aber zeigen uns diese Vorgänge, daß sich die unerlässliche Macht der chemischen Industrie sich auf den Gebieten des Produktionsumfangs, der schnellen Entwicklung der Technik und intensiver weltwirtschaftlicher Versiedlung auf fortwährender Seite befindet.

Die Entwicklung der Kohlechemie.

In Pittsburg fügte der Internationale Kohlenkongress. Dort wurden die Möglichkeiten der Kohleausnutzung und der bisher auf diesem Gebiete erreichten Erfolge eingehend besprochen. In der Eröffnungsrede wurde ein Gutachten des

englischen Chemikers, Lord Melchett (Sir Alfred Mond), verlesen, in dem u. a. ausgeführt wurde, daß der gegenwärtigen Verschwendungen in der Ausnutzung von Kohle, namentlich für den Hausbrand, durch den Millionen von Mark verloren gingen, ein Ende gemacht werden müsse. Eine grundlegende Besserung des Kohlenbergbaus würde erreichbar werden, wenn die Kohle das Rohmaterial für den Chemiker und nicht mehr für den Händler darstelle und der Bergbau der Nationen einer internationalen Kontrolle unterworfen werde.

Diese Ausschreibungen kennzeichnen den gegenwärtigen Stand des Kohlenbergbaus sehr genau. Die menschliche Kultur kann nur gehalten und weiterentwickelt werden, wenn endlich der Raumbau an Kohle aufhört und die Aufbereitung der Kohle die Ausnutzung der vorhandenen Energien vollständig ermöglicht. Die Kohle dient nicht nur als Kraftquelle, ist vielmehr im weitesten Sinne des Wortes im Laufe der chemisch-technischen Entwicklung unentbehrlicher Grundstoff für die chemische Industrie geworden. Die Entwicklung der Kohlechemie ist noch lange nicht beendet.

Schöne Unternehmerworte.

Die Rechtsfertigung der Fabrik beruht in dem Nutzen, den sie der Gesellschaft im großen bringt. Wenn sie ein so rituelles Element wie Kohle vernachlässigt, macht sie es sich von vornherein unmöglich, irgendwelche Dienste zu leisten. Denn diese Dinge greifen alle ineinander. Ein Geschäftsunternehmen ist nicht dazu da, um Geld für den Kapitalisten oder den Lohnempfänger zu verdienen.

H. Ford: Das große Heute, das größere Morgen, Seite 220

Verbildung künstlicher Kohledestille für Deutschland von ungeheurener wirtschaftlicher Bedeutung ist, aber für den Weltmarkt keine Rolle spielt. Nur ein Prozent der Weltproduktion an Mineralölen wird vom Leinawerk erreicht. Aber auch auf den Bergbau wirkt sich die Kohleverflüssigung kaum aus. Für die Herstellung des gesamten deutschen Bedarfs an Petroleum, der vom Leinawerk noch nicht entfernt gedeckt werden kann, werden nur zwei Prozent der gesamten Kohleförderung benötigt, ein so kleiner Prozentsatz, daß er für den Bergbau gar nicht ins Gewicht fällt.

Geheimrat v. Weinberg führt aber auch aus, daß man 40 bis 49 Prozent an Rückständen gehabt habe; bei künstlichem Petroleum aber eine bessere Ausnutzung in Benzinz möglich sei, da man bei künstlichem Petroleum größere Mengen Wasserstoff anwenden kann, als dies bei natürlichem Petroleum der Fall ist, so daß man dementsprechend zu einer erheblich größeren Ausbeute an Benzinz gelangt.

G. Haupt:

Neues über Augenerkrankungen in Kunsthölzerindustrie.

Deutsche Mediziner führen die Blindhauteklundungen und Schädigungen bei Arbeitern der Kunsthölzerindustrie auf Wirkung von Schwefelwasserstoff zurück. Besonders der bekannte Gewerbehygieniker Prof. Dr. Lehmann von der Universität in Würzburg stellt die These auf, daß die in der Kunsthölzerindustrie auftretenden Schwefelwasserstoffdämpfe vollständig ausreichen, um die früher in der Kunsthölzerindustrie beinahe epidemisch auftretenden Augenerkrankungen, die heute glücklicherweise stark zurückgegangen sind, zu erklären. Andere Ursachen sollen nach Lehmann nicht in Frage kommen.

Nunmehr hat der englische Arzt Bridge in einem öffentlichen Bericht angegeben, daß nicht in erster Linie der Schwefelwasserstoff für die Erkrankungen verantwortlich ist, sondern die beim Spinnprojekt entstehenden sauren Sprühnebel die Ursache der Erkrankungen sind. Jedoch ist die Frage nach der Hauptursache der Blindhauteklundung noch nicht geklärt.

Bei diesem Bericht fällt vor allem auf, daß der englische Arzt bisher nicht Schwefelwasserstoff, sondern den sehr viel gefährlicheren Schwefelkohlenstoff als Ursache für Augenerkrankungen angegeben hat, nunmehr aber die sauren Dämpfe für die Erkrankungen verantwortlich macht. Auf Grund dieser Angaben wird die deutsche Medizin in eine Nachprüfung der Ursachen der Augenerkrankungen in der Kunsthölzerindustrie eintreten müssen.

G. Haupt:

Kunststoffindustrie Konzentration in der Gummi-Industrie.

In der Gummi-Industrie ist eine weitere bedeutungsvolle Konzentration zu verzeichnen. Die Continental Gummifabrik und Gummicompagnie in Hannover, die schon seit längerer Zeit die Mehrheit der Aktien der Hannoverschen Gummimühle "Erfurter" A.G. befreit, hat nun durch einen Fusionssertrag, der von der außerordentlichen Generalversammlung der "Erfurter" genehmigt wurde, erreicht, daß das Gesamtvermögen der "Erfurter" auf die "Continental" übergeht. Diese Fusion der beiden bedeutenden Gummiwerke ist ein weiterer Beweis für die immer stärkere Konzentration der Kapitalmacht in einigen Großunternehmungen und eine erneute Mahnung an die Arbeiterschaft, am ihrerseits den Zusammenschluß zu stärken, leistungsfähigen Organisationen nicht zu vergessen.

Pariser Industrie

Niederösterreich

Über die Sitzung des Vorstands der Deutschen Papier-, Pappe-, Zellstoff- und Holzfaser-Industrie am 4. Dezember 1928 in Berlin.

Anwesend sind:

1. als Arbeitgebervertreter die Herren Buchholz, Gabler, Doktor Leopold, Wigandow;
2. als Arbeitnehmervertreter die Herren Graimberg, Groß, Küchler, Schäfer.

Vorstand (vorsitzend): Herr Dr. Seppelt
Schriftführer (stimmabgabend): Herr Groß.

I.

Antrag der Gruppe Hessen-Hessen-Walzwerk des Arbeitsgeberverbandes auf Verziehung des Betriebs der Kohle- & L. G. A. G. Papier- und Pergamentpapierfabrik, Oberlahnstein, von Ortsklasse A in B.

Für die Arbeitgeberseite erscheinen der Herr Dr. Hirsch, Hahn und Schumann;

für die Arbeitnehmerseite die Herren Bruns und Oeff.

Oeff wird zur Sache verhandelt.

Das Vorstand hält folgenden Spruch:

Der Antrag der Gruppe Hessen-Hessen-Walzwerk des Papier- und Pergamentpapierfabrik, Oberlahnstein, auf Verziehung aus Ortsklasse A in B wird aus formellen Gründen abgelehnt.

Segenbachtal

Die Ortsklasseneinteilung ist im Gruppenvertrag vom 30. August 1921 geregelt, welche Wirkung von beiden Parteien erwartet ist. Sie erhält z. B. die Einteilung von Oberhöchstädt in Ortsklasse A. Der Antrag der Partei würde also die Änderung einer laufenden Tarifbestimmung bedeuten. Das Vorstand ist ebenfalls wie eine konfliktive Institution beigelegt, in hinzugetragene eingreifen und durch Schiedsspruch eine Änderung der bestehenden Ortsklasseneinteilung festzulegen. Lohngutachten der Parteien kann kommen im Wege der freien Vereinbarung die bestreitige Änderung vornehmen.

II.

Antrag auf Regelung der Monatsbezüge an des österreichischen Gruppenvertrags.

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Dr. Schachner, Danner, Dr. Lomoschitz, Stöß;

für die Arbeitnehmerseite die Herren: Oppenau, Michel, Pösel, Steinermann, Süßner, Stegmair, Böckhoff, Sonder, Jeremic.

Stöß wird zur Sache verhandelt.

Im Einvernehmen mit den Parteien beruft das Vorstand zunächst über die Ortsklassenfrage. Wegen Stimmenungleichheit kann ein Schiedsspruch nicht zustande.

Unter diesen Umständen erklären die Parteien übereinstimmend, daß sie auf die Berichtigung der weiteren Unrichtigkeiten Wert legen.

Internationale Rößeln

Die auf Grund des Dawesplanes von Deutschland zu leistenden Zahlleistungen auf Reparationslastenkonto erreichten im ersten Halbjahr 1928 einen Wert von rund 224 Millionen Reichsmark. Die deutsche Papierindustrie war daran mit 10 Millionen Reichsmark beteiligt und steht somit an achter Stelle innerhalb der an den Reparationsleistungen beteiligten Industrien.

Die deutsche Ein- und Ausfuhr innerhalb der Papierindustrie gestaltete sich in den Monaten Januar bis Juli 1928 folgendermaßen:

